

PRESSEMITTEILUNG

# Gemischtes Bild: DBfK zum Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD

Berlin, 17.04.2025

**Seit knapp einer Woche liegt der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vor. Gesundheit und Pflege werden darin als zentrale Herausforderungen benannt. Einige Vorhaben sind aus Sicht des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) ausdrücklich zu begrüßen – andere hingegen greifen viel zu kurz.**

„Sehr begrüßenswert ist, dass das Pflegekompetenzgesetz, das Advanced-Practice-Nursing-Gesetz und das Pflegefachassistenzgesetz, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen wurden, nun zügig umgesetzt werden sollen“, erklärt DBfK-Präsidentin Vera Lux.

„Doch wie die angekündigte große Pflegereform konkret aussehen soll – und ob das Primärarztsystem die Gesundheitsversorgung tatsächlich zukunftsfähig machen kann, bleibt offen. Die Vorstellung, das Primärarztsystem könne die Versorgungsprobleme lösen, ist aus unserer Sicht nicht innovativ genug. Schon heute können Arztsitze im ländlichen Bereich nicht nachbesetzt werden, die verbleibenden Hausärzt:innen sind oft überlastet und nehmen keine neuen Patient:innen mehr auf! Was wir brauchen, ist eine Umverteilung von Aufgaben zwischen den Gesundheitsberufen, weg von einem primär arztzentrierten hin zu einem mehr pflegezentrierten Gesundheitssystem. Eine größere Eigenständigkeit von Pflegefachpersonen durch mehr Befugnisse und Verantwortung, ein klarer Fokus auf Prävention, Gesundheitsförderung und Strategien zur Vermeidung bzw. dem Hinauszögern von Pflegebedürftigkeit sind notwendig.“

Gerade hier sieht der DBfK großes Potenzial: „Die professionelle Pflege kann eine Schlüsselrolle einnehmen – wenn Community Health Nurses, School Nurses und Advanced Practice Nurses flächendeckend eingesetzt werden, um Versorgungslücken zu schließen, eine engere Zusammenarbeit der Akteur:innen vor Ort zu organisieren und die Qualität der pflegerischen Versorgung insgesamt zu verbessern.“

Angesichts der drängenden Herausforderungen im Gesundheitswesen reichen die bisherigen Ansätze aus Sicht des

DBfK nicht aus: „Wir fordern die Einrichtung einer Chief Government Nurse – also einer:ines Staatsminister:in für Pflege“, so Lux. „Außerdem fehlen im Koalitionsvertrag klare Aussagen zur dringend nötigen Stärkung der Akademisierung und Professionalisierung der Pflege. Bereits 2012 hat der Wissenschaftsrat eine Akademisierungsquote von 10 bis 20 Prozent empfohlen und 2023 auf 20 Prozent angepasst. Davon sind wir nach wie vor weit entfernt. Der Fortschritt in der Medizin und Diagnostik ermöglicht immer komplexere Therapien. Dafür braucht es die äquivalente Qualifizierung der professionellen Pflege durch eine Akademisierung des Pflegeberufs, durch Forschung, pflegewissenschaftliche Lehrstühle, Promotionsprogramme und den konsequenten Ausbau akademischer Strukturen. Wer die Pflege stärken will, darf nicht nur an alten Strukturen festhalten, sondern muss den Mut aufbringen, Pflege neu zu denken“, so Lux' Fazit.

**Bundesverband**

Alt-Moabit 91  
10559 Berlin

Ansprechpartnerin:  
Anja Kathrin Hild

T +49 30 219 157 - 30  
F +49 30 219 157 - 77

[dbfk@dbfk.de](mailto:dbfk@dbfk.de)  
[www.dbfk.de](http://www.dbfk.de)

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).